

Bundesleitung

Friedrichstraße 169
D-10117 Berlin

Telefon 030.40 81-41 01
Telefax 030.40 81-41 99
bundesleitung@dbb.de
www.dbb.de

dbb beamtenbund und tarifunion Friedrichstraße 169 10117 Berlin

An die
Landesbünde und Mitgliedsgewerkschaften
des dbb beamtenbund und tarifunion

- je besonders -

Berlin, 16. Juli 2026

GB 1-Ho-da

Durchwahl: -5203

Info-Nr.: 18/2026

Bundesbeihilfeverordnung (BBhV)

Hier: Dynamisierung der Einkommensgrenze für berücksichtigungsfähige Ehegattinnen und Ehegatten sowie Lebenspartnerinnen und Lebenspartner zum 01.01.2027

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

das Bundesministerium des Innern hat mit Rundschreiben D6.30111/16#1 die Erhöhung der Einkommensgrenze für berücksichtigungsfähige Ehegattinnen und Ehegatten bzw. Lebenspartnerinnen und Lebenspartner zum 1. Januar 2027 bekannt gegeben.

Hintergrund und Bewertung durch den dbb:

In der Beihilfe sind neben der Beamtin/dem Beamten selbst weitere Personen nur berücksichtigungsfähig, wenn diese Personen schutzbedürftig sind, weil sie nicht über ausreichende eigene Einkünfte verfügen. Mit dem Rundschreiben (Anlage) wird die Einkommensgrenze für berücksichtigungsfähige Angehörige in der Beihilfe des Bundes auf 23.608,00 Euro angepasst. Anpassungen erfolgen jährlich entsprechend der Entwicklung des Rentenwerts. Gemäß der Rentenbestimmungsverordnung 2026 vom 16. Juni 2026 (BGBl. I Nr. 178) beträgt der aktuelle Rentenwert ab 1. Juli 2026 42,52 Euro. Dies entspricht einer Steigung von 4,24%.

Die Anpassungsregelung sichert, dass eine langfristige Entwertung des Grenzbetrags für berücksichtigungsfähige Angehörige verhindert wird. Die Grenze regelt, bis zu welchem Einkommen Angehörige in der Beihilfe berücksichtigt werden können. Bei Einkommen über dieser Grenze wird von einer wirtschaftlichen Selbständigkeit ausgegangen mit der Folge, dass selbst für den Versicherungsschutz gesorgt werden muss. Maßgeblich ist der Gesamtbetrag der Einkünfte des Vorvorkalenderjahres.

Mit besten Grüßen

Andreas Hemsing
Zweiter Vorsitzender
und Fachvorstand Tarifpolitik